



Im Schatten dieses Papiers werden in den nächsten Monaten die Gefahren der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Krise wachsen. Es läßt befürchten, daß dies zunehmend Spuren in der sozialen Sicherung hinterlassen wird. Die neuen Koalitionäre wenden sich von ihren bisherigen Versprechungen ab; weder ist ein umfassendes Beschäftigungskonzept zu erkennen, noch werden die Schulden runtergehen. Die Staatskredite wachsen einmal direkt und zum anderen als Anleihe getarnt. Während die hohen Einkommensbezieher ihre Anleihe wieder zurückerstattet erhalten, sollen die sozialen und anderen Eingriffe - von der Rente bis zur Mehrwertsteuer und der Miete - ein für allemal gelten. Dies ist neokonservatives Muster: Die breiten Schichten zahlen, die hohen Einkommen schonen sich.

Kein Zufall ist es, daß in dem CCF-Papier die Probleme der jungen Menschen gar nicht mehr vorkommen: kein Wort über die Jugendarbeitslosigkeit, keine Zeile zum wachsenden Lehrstellenmangel, von Kohls bisherigen Tönen über die "Zukunftschancen der jungen Generation" ganz zu schweigen. Konkret wird es allein mit der Ankündigung, die Ausbildungshilfe für Schüler aus materiell engen Verhältnissen zu streichen und die Studentenförderung umzustellen. Soll es wieder so werden wie früher, als Wohlhabenheit mehr zählte als Begabung und Bildungswille? Die Fragen junger Menschen nach Bildung und Arbeit draußen vor zu lassen, allein den materiell bedrängtesten unter ihnen die Ausbildungsförderung zu streichen - das ist neuer politischer Charakter. Ist das "Atempause"? Und wem geht die Luft aus?

Dieses Papier wird im Parlament, in der politischen Auseinandersetzung und in fachlichen Diskussionen seine Rolle spielen: nicht nur seine buchhalterischen, oft herumstolpernden Eingriffe, sondern auch die Art und Weise, wie sich Neokonservatismus an den Sozialstaat heranmachen will.

Das wird das soziale Klima und den sozialen Konsens beeinflussen, also auch die Beziehungen der Tarifvertragsparteien. Die Meldungen, die über das jüngste Treffen von DGB und Arbeitgebern bekannt geworden sind, zeigen die Konflikte, sind inhaltlich enttäuschend. Die Konservativen haben die Kerze von zwei Seiten angezündet - in der staatlichen und in der autonomen Sozialpolitik. Das ist keine "Atempause", sondern eine Kampfansage.

Die Sozialausschüsse der CDU haben die Beschlüsse der neuen Koalition begrüßt. Da weiß man, woran man ist, "Herzblut" floß nur einen Sommer. (-/30.9.1982/hi/ca)

+ + +



## Das Geheimnis des Herrn Genscher

-----  
Schrittweise auf entspannungsfeindlichem Kurs

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Es bleibt das Geheimnis von Hans Dietrich Genscher, wie er die Wende in der Koalitions-politik als Ausdruck und Symbol der Kontinuität in der Friedens- und Abrüstungspolitik glaubhaft machen will.

Die Koalitionsvereinbarungen von CDU, CSU und FDP versuchen den Eindruck der Konti-nuität in der Außenpolitik zu erwecken. Diese Koalitionsvereinbarungen sind im Wortlaut aber so vage gehalten, daß künftig andere außenpolitischen Akzente wahrscheinlich wer-den. Sie ermöglichen eine auch in der Substanz veränderte Außen- und Friedenspolitik.

Die CDU/CSU hat noch keine grundsätzliche Wende weg von ihrer seit 1969 betriebenen Obstruktion gegen die sozialliberale Friedenspolitik hin zu einer aktiven Entspannungs- und Abrüstungspolitik vollzogen. Ohne diese außenpolitische Wende der CDU/CSU beinhaltet die koalitionspolitische Wende von Herrn Genscher das Risiko einer schrittweisen Anpassung erst von Herrn Genscher und dann der liberal-konservativen Koalition insge-samt an den entspannungsfeindlichen Kurs von Scharfmachern innerhalb von CDU und CSU.

Anzeichen für eine schrittweise Wende in der Friedens- und Abrüstungspolitik enthalten bereits die Vereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP. So beschränken sich diese Verein-barungen darauf, "uneingeschränkt und eindeutig die Positionen des Bündnisses" zu be-kräftigen, sich weiter für "die Unterstützung der amerikanischen Position bei den Gen-fer Verhandlungen" und für "die Verhandlungen über einen beiderseitigen Verzicht auf landgestützte Mittelstreckenwaffen" einzusetzen.

Jedermann aber weiß, daß der Erfolg der Friedens- und Abrüstungspolitik von Bundes-kanzler Helmut Schmidt darin bestand, sich nicht auf die Unterstützung der Positionen der Regierung der USA und des westlichen Bündnisses zu beschränken.

Konsequent und zielbewußt nahmen die Regierungen unter Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und vor ihnen unter Führung von Bundeskanzler Willy Brandt Einfluß auf die For-mulierung der Positionen der US-Regierung und des westlichen Bündnisses. Die sozial-liberalen Bundesregierungen förderten und intensivierten den Dialog zwischen Ost und West und gerade dann, wenn die nuklearen Weltmächte unwillig und unfähig zum friedens-sichernden und abrüstungsfördernden Dialog schienen. Ohne diese aktive Einflußnahme auf die Formulierung westlicher Bündnispositionen und ohne die Fortsetzung eines intensiven Ost-West-Dialogs auch nach Afghanistan und nach Polen wäre es nicht zum Beginn der Gen-fer Abrüstungsverhandlungen gekommen.

In den vor uns liegenden Monaten wäre Aufgabe der Bundesregierung, die Abrüstungsver-handlungen zwischen Ost und West so zu beeinflussen, daß sie zügig und mit dem Willen zur wechselseitigen Kompromißbereitschaft geführt werden, damit baldige Verhandlungs-ergebnisse erzielt werden können. In den Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und der FDP fehlen Hinweise zu einer in diesem Sinne aktiven Friedens- und Abrüstungspoli-tik. Dies gibt Anlaß zu Sorgen und Befürchtungen. Es bleibt das Geheimnis von Hans Dietrich Genscher und seinen neuen Koalitionspartnern, wie ohne eine in diesem Sinne aktive Friedens- und Abrüstungspolitik bis Ende nächsten Jahres in Genf das Ziel er-reicht werden kann, das mit den Worten der neuen Bundesvorsitzenden der ÖTV, Monika Wulf-Mathies, beschrieben heißt, daß "Europa in Ost und West von Mittelstreckenwaffen befreit und frei bleibt."

Zu Sorgen über eine schrittweise erst in den Akzenten und dann auch in der Substanz ver-änderte Politik geben auch die Hinweise auf die zukünftige Konzeption der Deutschland-politik Anlaß. Hier ist ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Positionen zu be-fürchten, die die künftige Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten (dieser Begriff wird bezeichnenderweise in den Koalitionsvereinbarungen nicht verwandt) zu erschweren und zu beeinträchtigen drohen.

Inhaltsarm sind die Aussagen zur Weiterentwicklung der Europäischen Integration. Es fehlt jeder Hinweis auf die Bereitschaft, in Mittelamerika auch dann eine konstruktive Außen-politik fortzusetzen, wenn diese zu Konflikten mit der Reagan-Administration führen könn-te. Hier gilt offensichtlich das Vorbild Frankreichs und der engen Zusammenarbeit mit Frankreich nicht, sondern hier bahnt sich ebenso wie in dem Bereich der Ost-West-Politik eine schrittweise Anpassung an die Latein- und Mittelamerika-Politik der Reagan-Admini-stration an.

+ + +

(-/30.9.1982/ks/ca)

Nur schwarze Salbe  
-----

Der rechtspolitische Teil der beabsichtigten Regierung Kohl/Genscher

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Fast verspricht der Titel mehr, als er halten kann, denn Rechtspolitik kommt in dem Koalitionspapier von Kohl und Genscher so gut wie nicht vor. Man erinnert sich: Als es in den Verhandlungen um die Rechtspolitik ging, da wurde ausgeklammert. Bis zum 6. März 1983 - dem versprochenen Wahltermin - sollte die Rechtspolitik ebenso wie die Innenpolitik nicht mehr erwähnt werden. Der frühere Innenminister Baum, bislang geschätzt als Garant liberaler Rechtsstaatspolitik in der Freien Demokratischen Partei, wurde gar nicht erst an den Verhandlungstisch zugelassen. Das Ergebnis sieht dann so aus: Es steht kaum etwas zur Rechtspolitik in dem Koalitionspapier; und das Wenige, das darin steht, atmet alles andere, aber nicht den Geist des freiheitlichen Liberalismus.

Was die neue Mehrheit ohne Basis zur Rechtspolitik sagt, ist kurz und dürr. Die neue Bundesregierung, wenn sie denn gewählt wird, will bis zum 1. April 1983 überprüfen, ob und wie beim Kontaktsperregesetz strafprozessuale Garantien verbessert werden können, ohne den Schutz vor terroristischen Aktivitäten zu beeinträchtigen. Die Prüfung ist im BMJ und BMI bereits abgeschlossen worden; sie hat zu einem Entwurf geführt. Ebenso soll von der neuen Koalition geprüft werden, ob an dem Prinzip, daß ein Verteidiger nur einen Beschuldigten vertreten kann, ausnahmslos festzuhalten ist. Auch diese Prüfung hat bereits stattgefunden und sich in einem Entwurf niedergeschlagen. Was unter diesen Umständen die Beruhigungsmedizin "überprüfen" bedeutet, kann man sich vorstellen: Nicht einmal weiße, nein schwarze Salbe.

Nur wer genauer liest, stellt fest, daß unter der Überschrift Wohnungspolitik massive Eingriffe in das soziale Mietrecht verborgen sind. Sehr bezeichnend sind die Absichten auf diesem Felde in der Koalitionsvereinbarung sehr konkret niedergelegt.

Herausragende Neuerung ist die Zulassung von Staffelmieten auch im Altbaustand. Das Vergleichsmietensystem soll beibehalten werden, aber es soll so sein, daß die Vergleichszahlen aus den letzten drei Jahren genommen werden. Ein Vermieter, der mehrere Wohnungen hat, darf künftig Vergleichsobjekte aus dem eigenen Bestand nachweisen. Das Ergebnis solcher mietrechtlichen Operationen steht heute schon fest: Es wird massive Mieterhöhungen geben. Schon heute kann man sich an den fünf Fingern abzählen, daß das Hinauftreiben der Mieten für Altbauten nicht eine einzige Wohnung mehr auf den Markt bringen wird. Hier wird lediglich zugunsten der Vermieter umverteilt.

Noch interessanter ist aber all das, was zur Rechtspolitik nicht in dem Koalitionspapier steht. Die F.D.P. hat es ganz offensichtlich versäumt, Zentralpunkte der Rechtspolitik der Vergangenheit absichern zu lassen gegen konservative Eingriffe. Kein Wort findet man über die Sicherung etwa im Bereich des Demonstrationsstrafrechtes. Diese Bastion einst auch liberaler Rechtspolitik ist offenbar schon kampfflos geräumt worden. Gleiche Befürchtungen müssen auf dem Gebiet der Juristenausbildung angemeldet werden. Auch hier hat die F.D.P. versäumt, die bisher von ihr immer für nötig gehaltene Reform der Juristenausbildung absichern zu lassen, sie legt nunmehr dem Zugriff der konservativen Kräfte wieder offen mit der Gefahr, daß auch dieser Anlauf zur Juristenausbildungsreform scheitert. Schließlich fällt auf, daß dies rechtspolitische Programm ganz bewußt all die Probleme ausklammert, die zur Zeit in der Rechtspolitik aktuell sind. Weder ist die Rede zum Beispiel von der Reform des Verwaltungsprozesses noch von der großen Problematik der Schuldenrechtsüberarbeitung und der Insolvenzrechtsreform - gerade letztes Thema hat vor wenigen Wochen den Deutschen Juristentag in Nürnberg beschäftigt.

Fazit also: Gerade auf dem Bereich der Rechtspolitik, in dem die F.D.P. bislang viel liberales Gedankengut mit der SPD durchsetzen konnte, scheint es wieder nach rechts zu gehen. Die CDU/CSU hat sich hier gegenüber Genscher voll und ganz durchgesetzt. Genscher saß nicht nur bildlich gesprochen als nackter Mann am Verhandlungstisch, er ist offenbar aus lauter Angst um das eigene politische Überleben auch noch blind geworden.

(-/30.9.1982/hi/ca)

+ + +



Hessens Parlament in der Verantwortung  
-----

Den Grünen den Weg der Integration ins parlamentarische System freimachen

Von Horst Winterstein MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Das Wahlergebnis vom Sonntag ist und bleibt für die Sozialdemokraten ein Anlaß zur Freude. Aber diese ist gepaart mit Dankbarkeit gegenüber den Wählern und mit Nachdenklichkeit über das Zustandekommen des Ergebnisses. Wir wissen, daß es für den zukünftigen Weg nicht der Euphorie bedarf und daß dieser Weg nicht einfach sein wird für uns. Die neue SPD-Fraktion im Landtag ist der Meinung, daß dieses Wahlergebnis für die Sozialdemokraten in Hessen eine Chance ist, die allerdings sehr behutsam gewahrt werden muß.

Der Schwere der Aufgabe ist sich die Fraktion sehr bewußt. Konkret:

Die Fraktion ist der Meinung, daß der Ruf nach sofortigen erneuten Wahlen in Hessen kein Dienst für die parlamentarische Demokratie ist. Weder die F.D.P., die eine schwere Wahlniederlage erlitten hat, noch die CDU, die ebenfalls ihr Wahlziel nicht erreicht hat und deren Spitzenkandidat zurückgetreten ist, können diese Forderung rechtfertigen. Die gewählten Parlamentarier haben das Wählervotum als Auftrag zu verstehen, so schwierig er auch sein mag. Die Politiker können vom Wähler nicht verlangen, gerade nachdem er gesprochen hat, sich erneut zu entscheiden, damit es in etwa so passend wird, wie die Politiker es am besten gebrauchen können.

In der Fraktion ist auch diskutiert worden, daß die jetzigen Verhältnisse im Landtag natürlich auch im parlamentarischen Alltag ein gewisses Umdenken verlangen. Bisher hatten wir es mit Blockbildungen zu tun, entweder absolute Mehrheiten oder aber Koalitionen. Dies ist eine neue Situation. Die SPD-Fraktion geht davon aus, daß es keine Koalition geben wird. Sie ist der Meinung, daß dies für den Parlamentarismus nicht nur eine veränderte Lage ist, sondern auch eine Aufgabe, sich zu bewähren.

Das zweite, was die Fraktion in ihrer ersten Sitzung einmütig diskutiert hat, ist, daß sie auch den Grünen den Weg der Integration in das parlamentarische System freimachen will. Mit anderen Worten: Wir werden keinerlei Manipulation an der Verfassung oder an der Geschäftsordnung vornehmen. Wir gehen davon aus, daß alle Fraktionen, die im Landtag vertreten sind, alle Rechte haben müssen, die Verfassung und Geschäftsordnung einräumen. Das hat natürlich auch die Konsequenz für die Grünen, daß, wenn sie diese Rechte haben, auf der anderen Seite davon ausgegangen werden kann, daß sie auch ihre Pflichten im parlamentarischen System wahrnehmen. Die Frage, ob sie dies tun werden, ist nicht von uns zu beantworten, sondern von den Grünen selbst.

Da wir Sozialdemokraten aufgrund des Wahlergebnisses und der von Alfred Dregger erklärten Wahlniederlage der CDU beauftragt sind, auch in dieser schwierigen Lage, Vorgaben für Politik in diesem Lande zu geben, sind wir auf mehrheitsfähige Entscheidungen in Sachfragen angewiesen. Ministerpräsident Holger Börner hat schon erklärt, daß er es als seine erste Aufgabe ansieht, einen Haushalt für 1983 einzubringen. Dieser Haushalt wird ein sozialdemokratisches Angebot an die anderen Fraktionen sein, wobei der Schwerpunkt, und dies hat die Fraktion bereits gebilligt, die Stabilisierung des Arbeitsmarktes, insbesondere für die Jugendlichen sein wird. Dies ist eine Lebensfrage unseres Gemeinwesens, und die hessische Bevölkerung wird genau beobachten können, wie sich CDU und Grüne dazu verhalten.

(-/30.9.1982/ks/ca)

+ + +



Marksteine der Luftreinhaltepolitik

Die Bundesländer sollten den Beschlüssen der Bundesregierung folgen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bekämpfung der Luftverschmutzung nimmt seit 1970 einen wichtigen Platz in der Umweltpolitik ein. Innerhalb des letzten Jahrzehnts wurden die jährlichen Staubemissionen halbiert; der Kohlendioxidausstoß verminderte sich um ein Drittel, und der Bleigehalt im Benzin wurde durch das Benzin-Blei-Gesetz um etwa zwei Drittel reduziert. Das sind einige wesentliche Ergebnisse der Luftreinhaltemaßnahmen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden.

In der Beantwortung einer Großen Anfrage der CDU/CSU hat die Bundesregierung eine umfassende Übersicht über bereits getroffene sowie noch geplante Regelungen gegeben. Im Mittelpunkt der Antworten steht der saure Regen und das durch ihn verursachte Waldsterben. Dabei ist interessant, daß der Höhepunkt des Schwefeldioxidausstoßes bereits Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre lag und daß seither die Emissionen erheblich zurückgedrängt werden konnten. Dazu hat unter anderem beigetragen, daß

- alle seit 1974 begonnenen großen Steinkohlekraftwerke mit Entschwefelungsanlagen ausgerüstet wurden,
- seit 1975 der Schwefelgehalt von leichtem Heizöl und Dieselkraftstoff auf 0,3 Prozent gesenkt wurde,
- die erste Technische Anleitung Luft von 1974 Grenzwerte für wichtige Luftschadstoffe festlegte und eine systematische Überwachung der Luftqualität einführte.

Wie wir heute wissen, reicht dies noch nicht aus. Mittlerweile betreffen die Schädigungen rund 560.000 Hektar Wald in der Bundesrepublik. Deshalb sind wirksame Gegenmaßnahmen, die das Übel an der Quelle bekämpfen, ein Gebot der Stunde. Das Bundeskabinett hat am 1. September 1982 folgende wichtige Beschlüsse gefaßt:

1. Der Schwefelausstoß von Kraftwerken und anderen Großfeuerungsanlagen darf künftig in der Regel nur noch 400 Milligramm pro Kubikmeter Abluft betragen, das ist weniger als die Hälfte des seither zulässigen Wertes.



2. Alte Anlagen müssen in die Sanierung einbezogen werden.
3. Binnen fünf Jahren ab, 1. September 1982 sind alte Anlagen stillzulegen und durch neue zu ersetzen oder durch Einbau von modernen Entschwefelungsanlagen binnen zehn Jahren umzurüsten.

Diese Beschlüsse sind Marksteine der Luftreinhaltepolitik. Von den 29000 Megawatt Kohlestrom, die heute erzeugt werden, kommen erst 2000 Megawatt aus entschwefelten Kraftwerken. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, die Altanlagen rasch zu modernisieren. Denn gerade aus den alten Kraftwerken kommt die größte Schmutzfracht. Werden diese Pläne konsequent durchgeführt, dann würden bis 1995 an die zwei Millionen Tonnen weniger Schwefeldioxid in die Luft geblasen. Damit bestünde wirklich Hoffnung, daß unsere Wälder nicht zugrundegehen, sondern wieder gesunden.

Das Stromkostenniveau in der Bundesrepublik würde sich bis 1995 durch Bau neuer entschwefelter Kohlekraftwerke um 0,3 bis 0,4 Pfennig pro Kilowattstunde erhöhen.

Gleichzeitig mit den nationalen Regelungen zur Luftreinhaltung müssen internationale Schritte ergriffen werden, um auch in den Nachbarländern an Schadstoffausstoß zu reduzieren. Heute importiert die Bundesrepublik 50 Prozent des über unserem Gebiet niedergehenden Schwefels. Daher hat die Bundesregierung auf der EG-Ratstagung der Umweltminister in Brüssel am 24. Juni 1982 die Schaffung einer EG-Richtlinie gefordert, durch die eine Bekämpfung der Luftverschmutzung an der Quelle durch Emissionsnormen nach dem Stand der Technik zur Pflicht gemacht wird.

Die Bundesregierung hat mit ihren Beschlüssen den richtigen Weg gewiesen. Jetzt kommt es darauf an, daß die Bundesländer diesen Beschlüssen zustimmen und sie rasch verwirklichen. Dieser Appell an die Länder ist umso wichtiger, als sie gleichzeitig Mitgesellschafter großer Energieversorgungsunternehmen sind und daher unmittelbar Einfluß auf Modernisierungsentscheidungen nehmen können. Das Investitionsvolumen für Abgasentschwefelungsanlagen für 27000 Megawatt wird auf etwa fünf Milliarden DM geschätzt. Das bedeutet, daß umweltfreundliche Stromerzeugung nicht allein unseren Wäldern zugute käme, sondern zugleich Arbeitsplätze schaffen würde.

(-/30.9.82/eu/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

In einer umfangreichen Ausarbeitung hat der Politik-Wissenschaftler Peter von Oertzen, der auch Mitglied des SPD-Parteivorstandes ist, die politischen Möglichkeiten und Gefahren der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik untersucht. Wir dokumentieren den Text in mehreren Teilen. Der Beitrag ist geschlossen in dem Buch "Prinzip Leben, Ökopax - die neue Kraft", Verlag Olle & Wolter, 14,80 DM, erschienen.

Realität und Utopie (Teil III)

- + Entsprechend der zentralen Rolle, die in ideellem Selbstverständnis und teilweise auch in der Praxis der grün/alternativen Bewegung die veränderten Verkehrsformen spielen, ist auch die Gefahr groß, daß die Mitglieder der Bewegung und noch mehr der "Partei" sich gegenseitig moralisch und sozial überfordern. Grün/Alternative sind nicht von Natur aus bessere Menschen als andere. Strengere Anforderungen an ihr alltägliches und ihr politisches Verhalten als sonst in der Gesellschaft üblich können neben einer produktiven Veränderung der sozialen Beziehungen auch Heuchelei und Ressentiments zur Folge haben. Richtungskämpfe und Meinungsverschiedenheiten - in einer jungen extrem demokratisch organisierten Partei ohnedies heftiger als in traditionsreicheren Parteien mit anerkannten Autoritäten - sind nicht gerade leichter zu bewältigen, wenn sachliche Differenzen oder unvermeidliche Interessengegensätze (etwa zwischen "Basis" und privilegierten Mandatsinhabern) durch hehre Prinzipienklärungen verschleiert oder durch pharisäerhafte moralisierende "Abrechnungen" vergiftet werden.

Zum politischen und sozialen Charakter der SPD

Daß das Verhältnis vieler Grün/Alternativer zur Sozialdemokratie gewisse Züge von Haßliebe trägt, ist unbestreitbar; und es ist verständlich. Gleichwohl ist es gefährlich; denn Emotionen trüben den politischen Blick; und es gibt in der Politik kaum einen schlimmeren Fehler als den, sich über die Realität, mit der man es zu tun hat, um liebgewordener gefühlbedingter Vorurteile willen selbst zu täuschen. Die Wirklichkeit der Sozialdemokratie ist zu breit und zu vielfältig, um sie mit jenen wenigen Pauschalurteilen erfassen zu können, zu denen die Grün/Alternativen - wie übrigens auch die sozialistischen Linken - so häufig neigen. Was ist also aus der Sicht der grün/alternativen "Partei" - und aus der Sicht der mit ihr verbündeten Linken - von der SPD wirklich zu erwarten? Dazu einige Thesen:

- + Die SPD ist eine "reformistische", keine "revolutionäre" Partei; (sie ist es übrigens in ihrer übergroßen Mehrheit seit ihrer Entstehung immer gewesen - ungeachtet aller anderslautender DKP- oder ML-Geschichtslegenden). Die Sozialdemokratie verfolgt ihre Ziele prinzipiell auf dem Wege demokratischer, auf die Gewinnung der Mehrheit abzielender, legaler, friedlicher und infolgedessen schrittweiser Veränderungen der ökonomischen sozialen und politischen Verhältnisse. Die dramatische, rasche, in Form heftiger - unter Umständen gewaltsamer - Auseinandersetzungen sich vollziehende radikale Ummodellung der gesamten Gesellschaft liegt ihr ganz fern. Freilich gilt dies für die große Mehrheit der grün/alternativen "Partei" ganz genauso: So wie noch der linke Sozialdemokrat - der DS-ler oder SB-ler - in den Augen eines orthodoxen "revolutionären" Sozialisten, zum Beispiel eines Trotzkiisten, ein Reformist ist, so ist in den Augen eines prinzipiellen "Autonomen" die grün/alternative "Partei" nichts anderes als ein Haufen von Flaumachern, Abwiegler, Anpassern - kurz von "Reformisten".
- + Die SPD ist keine sozialistische Partei, das heißt sie ist keine Partei, die die Ersetzung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch eine qualitativ völlig andere, die sozialistische Gesellschaftsordnung erstrebte. Sie war es in der Praxis nie und in der Theorie höchstens vor dem 1. Weltkrieg. Die SPD ist eine Partei der Arbeitnehmerinteressenvertretung und der sozialen Reformen im Kapitalismus. Auch der radikalste linke Sozialdemokrat will weder Marktwirtschaft, noch Privateigentum an den Produktionsmitteln gänzlich abschaffen. Es gibt natürlich etliche Sozialisten in der SPD; aber sie sollten wissen, daß es unmöglich ist, mit der SPD sozialistische Politik im strikten Sinne zu machen; (mit der Linken in der Labour-Party, mit der französischen PS, aber auch mit der französischen und der italienischen KP ist es übrigens auch unmöglich). Der Unterschied zwischen "links" und "rechts" in der SPD ist daher auch nicht der Unterschied zwischen Sozialisten und Sozialreformern, sondern der

Unterschied zwischen radikaleren und gemäßigeren Sozialreformen. (Dies nicht sehen zu wollen, sondern in der SPD andauernd "links" und "sozialistisch" durcheinanderzuwerfen, ist übrigens einer der ideellen Gründe für die Verwirrenheit der sogenannten "Parteilinken" in der SPD). Daß die grün/alternative "Partei" freilich auch keine "sozialistische" Partei ist, braucht wohl nicht eigens nachgewiesen zu werden; allerdings gibt es, wie mir scheint, unter den Grün/Alternativen eine beachtliche, offenbar anwachsende, zumindest potentiell sozialistische Strömung.

- + In den Augen vieler Grün/Alternativer ist die SPD die eigentliche Partei des unaufhörlichen naturzerstörenden, menschenverachtenden Wachstums - Stichwort: "Beton". Das ist natürlich völliger Unfug; die wirklichen Parteien des ungehemmten - kapitalistischen - Wachstums sind und bleiben CDU/CSU und FDP, (auch wenn in der Kommunal- und Regionalpolitik gelegentlich Konservative mit dem feudal-bürgerlichen Kulturerbe, zum Beispiel mit alten Fachwerkhäusern, herrschaftlichen Parks oder Alleebäumen in mittelständischen Wohnvierteln schonamer umgehen, als gewisse populistische Sozial-Technokraten der SPD). Die Bejahung des - kapitalistischen - Wachstums, der fortschreitenden Industrialisierung und Durchkapitalisierung der Gesellschaft war in der Sozialdemokratie, wie in allen politischen Strömungen, die sich von den Urtraditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung herleiten, stets gebrochen und relativiert, relativiert durch die sozialen Interessen der Unterklassen und die Kritik am klassenegoistischen Gewinnstreben der "Wirtschaft". Man sollte auch nicht vergessen, daß die ersten politischen Forderungen nach mehr Umweltschutz, die Kritik am herkömmlichen Wachstums- und Wohlstandsbegriff (= unaufhörliche Zunahme des Bestandes materieller Konsumgüter) und der programmatische Begriff der "Lebensqualität" in der Bundesrepublik Deutschland von Sozialdemokraten stammen - lange vor dem Entstehen der grün/alternativen Bewegung. Daß auch heute zumindest große Teile der SPD, wenigstens theoretisch, auf der Höhe der "Kritik der politischen Ökologie" sind, zeigen viele Diskussionsbeiträge (nicht nur von Eppler) und Programme - zum Beispiel die Entschließung des Parteitages 1979 zur ökologischen Wirtschaft.
- + Für viele, ja die meisten Glieder der neuen sozialen Bewegung ist die SPD in der Bundesrepublik Deutschland die eigentliche Partei des bürokratischen Staatsapparates, der polizeilichen Unterdrückung und der gesellschaftlichen Militarisierung. Ich will dabei die paranoiden Vorstellungen der Stadtguerilla-Fraktionen oder der diversen "Autonomen" von den Sozialdemokraten als dem eigentlichen Agenten der "Counterinsurgency" und von "Herolds Sonnenstaat" als dem letzten Ziel der SPD gar nicht diskutieren. Aber es gibt eine weitverbreitete Einschätzung, die in der inneren Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit den sechziger Jahren, genauer: seit dem Kampf um die Notstandsgesetzgebung, eine gerade Linie zunehmender Illiberalität und zunehmender Vervollkommnung der staatlichen Repressionen erblickt und als den Hauptverantwortlichen dafür die sozialliberale Koalition, speziell die SPD betrachtet. Diese Einschätzung ist zwar verständlich, dafür die meisten Grün/Alternativen schon auf Grund ihres Lebensalters die Weltgeschichte erst mit dem Ende der sechziger Jahre begonnen hat, aber sie ist historisch falsch und politisch eine schwerwiegende Fehlbeurteilung.

Zwar kann und darf die Mitverantwortung der SPD für wesentliche Einengungen bürgerlicher Rechte und Freiheiten - Stichworte: Ministerpräsidentenbeschlüsse, Terroristengesetzgebung - nicht geleugnet werden; aber bei einer Gesamtbeurteilung des praktischen Verhältnisses der SPD zu Demokratie und Rechtsstaat und ihrer Rolle seit den sechziger Jahren müssen folgende Fakten berücksichtigt werden:

- Die Entwicklung in dieser Zeit war nicht eindeutig, sondern vollzog sich in einem Wechsel von Fortschritt und Rückschritt; die Periode größter Liberalität in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland fiel zum Beispiel unzweifelhaft in die ersten Jahre der SPD/FDP-Koalition 1969 bis 1971.
- Wesentlicher Widerstand gegen rückschrittliche Tendenzen wurde von Teilen der SPD (und FDP) selbst geleistet - von der Antinotstandskampagne bis zu den Ministerpräsidentenbeschlüssen. Erhebliche, bis heute nicht zurückgenommene liberale Reformen des Strafrechts zum Beispiel sind unzweifelhaft Leistungen der sozialen Koalition und werden von ihr nach wie vor gegen alle konservativen Angriffe verteidigt.

(-/30.9.1982/hl/oa)

(wird fortgesetzt)

Verantwortlich: Willi Carl

+ + +

